

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 336.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1906.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 21. Juli 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 172, Ringstr. 25a.
Verlagsgesellschaft (H. G.) in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.

Geschäftsstelle in Berlin, Dönhofsstr. 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 21. Juli.

Zurück aufs Land!

Ein eigenartiger Versuch zur Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems ist in England gemacht worden. Eine Zeitschrift an die freireisende „Post“ erinnert an die bekannte Tatsache, daß infolge der auf der englischen Landwirtschaft lastenden Depression in den meisten Teilen des Landes Tausende von Hektaren, für die sich Pächter nicht finden, nach dem Boden brach liegen, und erzählt dann, wie unter den großstädtlichen Arbeitlosen eine Bewegung eingetreten ist, aufs Land zu ziehen, sich auf diesen brachliegenden Ländereien niederzulassen und so dem Grund der Arbeitslosigkeit auf dem Wege entschlossener Emigration ein Ende zu machen. „Zurück aufs Land“ ist der Schlußruf, und wie es heißt, handelt es sich um einen vollständig organisierten Plan, der nacheinander von Manchester aus ins Werk geleitet wurde. Zunächst zog von dort eine Schaar Arbeiter unter der Führung des bekannten Agitatoren Jack Williams, der aus dem „Markt auf London“ organisiert hatte, nach dem neuen Lebensort, wo ihn zur Stelle gehöriges unbesetztes Feld von den Leuten in Besitz genommen wurde. Sie brachten nur Haken und Schaufeln mit und einige Werkzeuge, um die im Freien zu kampieren. Gleich nach der Ankunft wurde das Land in Parzellen zu je etwa einem halben Hektar vermesst und der Rosen den Grenzen entlang abgeteilt. Nach dieser Arbeit wurde den Leuten von einigen unter ihnen befindlichen früheren landwirtschaftlichen Arbeitern gezeigt, wie der Boden ungenutzt ist, und mit der Arbeit auch gleich begonnen. Ein Kolonist erschien und forderte die Leute auf, das Feld zu räumen, was diese aber verweigerten und mit der Erklärung begründeten, daß sie entschlossen seien, die Frage der Arbeitslosigkeit auf ihre eigene Art zu lösen und sich auf unbesetzten Lande anzusiedeln. Die Leute sind ganz mittellos. Bei einem Meeting wurde erklärt, daß die Arbeitslosen in ganzen Lande den gleichen Plan verfolgen werden und geneigt sind, eine entsprechende Racht zu zahlen. Durch die Errichtung von Kleinrenten werden nicht nur der Arbeitsnot Abhilfe geschaffen, sondern auch die Produktionsfähigkeit des Landes wieder so erhöht werden, daß England zum großen Teile von der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande unabhängig gemacht werde. „Wenn wir von einer Stelle vertrieben werden, ziehen wir nach einer anderen“, erklärte der Hauptredner. „Wir werden die Polizei und das Militär la la de Wei in Bewegung halten und schließlich wird man uns nachgeben müssen.“ Das Publikum zeigte sich „sehr sympathisch berührt“, und eine vernünftige Sammlung ergab so viel, daß Feste angehängt werden können und wenigstens für einige Tage für die Verproviantierung gesorgt ist. Bis hierhin keine gerichtlichen Schritte gegen die „Landarbeiter“ ergriffen worden.

Da man sich durch solche Art der Selbsthilfe vom streng realistischen Standpunkte aus „humanitär berührt“ fühlen kann, ist eine Frage, die hier ununterbrochen bleiben kann. Sicherlich aber geben diese „Landpiraten“ von der richtigen Erkenntnis aus, daß auch in England die Landwirtschaft einen erheblichen Teil der städtischen Arbeitslosen aufnehmen und ihnen dauernde und lohnende Beschäftigung sichern kann, und so eigenartig an sich der eben geschilderte Vorgang erscheint, gerade in England ist er am wenigsten auffällig. „Zurück aufs Land“ ist ja die Parole, die in der Meinung Keir Hardies, des bekanntesten englischen Arbeiterführers, die einzige Möglichkeit der Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems liegt. Erst vor zwei Jahren führte er ja im Unterhause aus: „Wir müssen dafür sorgen, daß wieder ein größerer Teil der englischen Bevölkerung in der Landwirtschaft Beschäftigung findet. Leider sieht jedoch die englische Bevölkerung mit verächtlichen Armen zu, wie die Landwirtschaft mehr und mehr ihrem vollen Untergange entgegengeht.“

Die Forderung „Zurück aufs Land!“ aber hat ihre Berechtigung nicht minder auch für unsere heimischen Verhältnisse. Wenn die industrielle Hochkonjunktur wieder abebben und für die großstädtlichen Arbeiterdichtungen wieder ein teilweiser Notstand, ähnlich dem des Jahres 1902, eintreten sollte, dann wird auch mit weit höherer Deutlichkeit als im Vorigen die Notlage fallen, wie verhängnisvoll die Arbeitslosigkeit in den Städten durch die Landflucht begünstigt wird und wie notwendig eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung über das ganze Land ist. Doch dann aber auch die sozialdemokratischen „Arbeiterfreunde“ des deutschen Reichstages in den Ruf „Zurück aufs Land!“ mit einstimmen und der deutschen Landwirtschaft die Wege ebnen werden, auf daß sie ihren Arbeitern wieder eine möglichst lohnende Beschäftigung geben kann, muß bereit leider bezweifelt werden.

* Zur Reform des Wechselgesetzes schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: In den am Wechselverkehre beteiligten Kreisen wird ebenso wie in der juristischen Literatur seit längerer Zeit eine Reform der gesetzlichen Vorschriften über den Wechselprotest befürwortet. Auch der Reichstag hat sich in

der letzten Tagung für die Notwendigkeit einer solchen Reform ausgesprochen. Wie der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums bei den Reichstagsverhandlungen hervorhob, waren die Vorarbeiten für eine Änderung des geltenden Gesetzes damals bereits in Angriff genommen. Nennenswert ist im Reichsjustizministerium der vorläufige Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erleichterung des Wechselprotestes fertiggestellt, der demnächst im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden wird. Der Entwurf sieht eine Reform vornehmlich nach zwei Richtungen hin vor. Die Protestanten sollen die Zuständigkeit zur Protestierung erhalten, und zwar unter Fortfall der Postverpflichtung für etwaige Versehen ihrer Beamten. Außerdem werden die Formlichkeiten bei der Erhebung des Protestes vermindert, insbesondere dadurch, daß der Protest mangels Zahlung auf den Wechsel oder ein mit ihm zu verbindendes Blatt gelegt und von der Aufnahme eines Wechselabschreibens in den Protest abgesehen wird. Daneben sind einzelne andere Erleichterungen vorgesehen, namentlich für den sogenannten Windprotest und für die Protestierung von Wechseln mit ungenauer Ortsbezeichnung. Auch enthält der Entwurf Vorschriften über die Proteststunden sowie über die Beugnis des Protestbeamten zur Ausnahme der Wechselzahlung. Die bevorstehende Bekanntmachung des Entwurfes, der übrigens noch keinen für die Regierung verbindlichen Charakter trägt, soll den beteiligten Kreisen Gelegenheit zur Kritik und zur Geltendmachung ihrer Wünsche bieten.

* Reichstagswahl. Am 20. Juli, wird uns gemeldet: Bei der heutigen Reichstagswahl wurden bis 11 Uhr abends gewählt für Herzog (Antikemist) 6048, Noke (nl.) 1967, Wöhrig 1043, Selmerich (Antikemist) 1885 und Bettelein (Soz.) 3907 Stimmen.

* Zur Abänderung des Weingehetzes. Nennwert werden auch die deutschen Bürgergenossenschaften zur Abänderung des Weingehetzes Stellung nehmen. Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften ladet schon die ihm angeschlossenen circa 200 deutschen Bürgergenossenschaften zu einem „Zweiten deutschen Bürgergenossenschaftstages“ auf den 28. Juli nach Bingen ein. Als einziger Punkt der Tagesordnung ist die Frage verzeichnet: „Stellungnahme zur Abänderung des Weingehetzes und zur Berufung einer Sonderständigenkonferenz durch das Reichsamt des Innern.“

* Die Kaiserin unternahm am Freitag mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Joachim einen Wagenausflug nach dem Ahnthal und dem Dörnberg. Die Rückfahrt nach Kassel erfolgte durch das Druselthal.

* Fürst Wilow. Wie es heißt, wird der Reichsfürst Fürst Wilow seinen Aufenthalt in Nordhorn bis zum 25. September ausdehnen, und einen weiteren Gerichtszug mit der Kaiserin nach Wendenburg der Nordlandreise in Nordhorn abermals zu einem Besuche des Fürsten erwartet. Der Reichsfürst wird voraussichtlich, wie der „Post. Ztg.“ geschrieben wird, von Nordhorn zunächst zur Nachkur nach Somburg b. d. Höhe reisen.

* Personalnachricht. Als Nachfolger des verstorbenen Professors Hirschberg ist Professor Silbergelt, Direktor des statistischen Amtes in Sponhöfen, früher in Magdeburg, von Berliner Magistrat zum Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin ernannt worden.

* Deutsch-Äthiopiens. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Paul B. h. m. geboren am 18. Dezember 1881 zu Lobdau, früher im Infanterie-Regiment Nr. 23, am 15. Juli d. J. in der Krankeinsammelstelle Wasserfall an Typhus gestorben; Reiter Valentin Salusch, geboren am 1. November 1884 zu Wissa, früher im Jäger-Bataillon Nr. 6, am 10. Juli d. J. in der Krankeinsammelstelle Kribub an Typhus gestorben.

* Die Hafenbauten in Maroka. Nach einer Meldung aus Tanger ist in Maroka ein Mitglied der Firma Gehner und Zoodtsohn mit zwei deutschen Ingenieuren eingetroffen, um die Umfassungen für den geplanten Hafenbau vorzunehmen.

* Daran ist kein wahres Wort. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt die getrigen Äußerungen des Abgeordneten Bruns, betreffend die russischen Reichsbeamten wieder, daß Österreich und Deutschland bereit seien, Aufbruch mit deutschen Truppen zu befehlen, und bemerkt dazu: Daran ist kein wahres Wort!

* Die historische Nacht. Ueber weitere Nachklänge zur Dreyfus-Affäre wird dem Berliner „S. M.“ aus Paris telegraphisch: Nach der Fortsetzung der nach dem Kneiser-Prozesse von Cassim Berier vor dem Kassationshofe gemachten Aussage vor. Der ehemalige Staatssekretär erklärte darin Merciers Angabe, daß im Winter 1894/95 Frankreich von einer deutschen Kriegserklärung bedroht gewesen sei, für haltlos festgestellt. Das einzige bezügliche Gespräch Cassim Beriers mit dem deutschen Botschafter Grafen Münster, dessen Untergrund die Forderung des Kaisers für den Schloßbau nach einem ungewichtigen Dementi der in Paris geflüstert verbreiteten, Deutschland und dessen Monarchen verlegenden

Äußerungen war, wurde durchaus höflich geführt und endete zur vollen Befriedigung der deutschen Regierung. Die sogenannte historische Nacht war demnach eine Erfindung Merciers, um jenen Ministerkollegen, welche Dreyfus' Schuld bezweifelten, sagen zu können, für nichts und wieder nichts hätte man sich in Berlin doch nicht so aufgeregt.

Preussens ländliche Fortbildungsschulen. Die oben erwähnte Aelterheit über den Stand und die Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen im Rechnungsjahre 1904/05 leitet in einleitender Sprache, mit welchem Eifer das ländliche Fortbildungsschulwesen zurzeit gepflegt wird. Im gesamten Rechnungsjahre befanden in Preußen insgesamt 2025 Fortbildungsschulen, an denen 2806 Lehrkräfte und 28 417 Lernende tätig waren und die, abgesehen von den Ausgaben für Heizung, Reinigung usw. des Schulraums, nur für die ländliche Unterrichts nicht in Betracht. Nach der Zahl der Schulen unterschieden an der Spitze des Jahres-Abschlusses mit 333 (in dieser einzigen Provinz befinden nach dem Gesetz vom 8. August 1904 auch Anstalten in der Reichslande 135 — mit 243 Schülern) und Hannover mit 320 Schulen; ihnen folgen in kurzer Abnahme Preußen mit 291 und die Rheinprovinz mit 265 Schulen. Am reichsten ist mit 32 Schulen Brandenburg vertreten. Die kleinste Schülernzahl haben verfügen über 51 Schulen. In der Errichtung der Schulen teilt sich die Provinz (53), landwirtschaftliche Vereine (57), Private (70) und die Gemeinden, die mit 1142 Schulen den Löwenanteil aufweisen. Bei der Berechnung der Unterrichtsleistungen ergibt sich naturgemäß eine andere Gruppierung. Die Schulen für nur 3 Anstalten tragen Private, für je 28 Schulen hatten Kreise und Gemeinden allein, für 5 landwirtschaftliche Vereine, für 495 der Staat und für 1288 der Staat in Verbindung mit anderen Beteiligten in der Anteil zu teilen. Eine Statistik wird begrifflicherweise die Anstalten, die keinerlei Kosten verursachen; im Jahre 1904 waren drei solche Schulen zu finden. Die sonstigen Voraussetzungen wurden durch Schulgeld (14 965 M.), Private, Stiftungen, Legate (28 383 M.), landwirtschaftliche Vereine (1886 M.), Gemeinden (38 352 M.), Kreise (33 578 M.), Provinzen (4717 M.) und den Staat (182 898 M.) aufgebracht. Daneben leistete der Fiskus für Heizung, Beleuchtung und Heizung der Schullokale die Summe von 2900 Mark. Die höchsten finanziellen Unterstützung erhielt Ostpreußen (insgesamt 39 270 Mark). Die Reichslande wurde in der Hauptsache von Volksschullehrern (2807) ausgeübt; ihnen folgten 156 Lehrkräfte, 12 landwirtschaftliche Lehrer in Ostpreußen mit seinen Verwaltungsstellen (landwirtschaftliche Unterrichtsamt 8) und 31 andere Personen (Landwirte, Tierärzte usw.) gegenüber. Im Reichslande wurden 188 832 Unterrichtsstunden abgehalten. Bei der großen Menge der Schulen bedürfte sich der Unterricht auf den Winter; nur an 48 Anstalten wurde während des ganzen Jahres unterrichtet.

Die Lage in Russland.

Die Sitzung der Reichsдума am 19. er. dehnte sich bis 1/2 Uhr nachts aus. Schließlich wurde der Text des Kommuniqués über die Agrarfrage in der von Petrunkevich beantragten Fassung mit 124 gegen 53 Stimmen angenommen. 101 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Hierauf wurde über die Art der Veröffentlichung des Textes beraten. Der Antrag, das Kommuniqué dem Minister des Innern zur Veröffentlichung im „Regierungsböten“ zu übergeben, konnte nicht gültig angenommen werden, da wegen zahlreicher Stimm-enthalten die für die Veröffentlichung erforderliche Stimmenzahl nicht vorhanden war. So ist das Kommuniqué ohne angenommen, aber vorläufig keine Möglichkeit gegeben, es zu veröffentlichen.

Die Reichsдума beschließt am 20. er., die Debatten über die Vorgänge in Wolhynien zu schließen und nimmt einen Antrag des Abgeordneten Sokoloff an, in welchem dem Ministerium der Innere die Duma ausgesprochen wird; je sehr dann zur Verbreitung von Interpretationen über und bespricht zunächst die jüngst vom Gehilfen des Ministers des Innern abgegebenen Erklärungen betreffend die Aufhebung des Kriegsstandes. Professor Schichoff (Odesa) führt in heftiger Rede Folgendes dar, daß der Kriegsstand in Odesa fortbesteht, der die civilisierte Welt zugrunde richtet. Die Äußerung des Schwarzen Meeres, sagt Reiner, werden bald der Schluß fürstlicher Ereignisse sein. Die Bevölkerung Odesas wünscht das Beibehalten aller Pläne des Ministers der Innere Stolypin, der eine Gefahr für die Stadt ist; je hoffen, Entschädigung für die ihnen durch Stolypin bezweigten Verluste erlangen zu können, wenn Ausland ein der Duma verantwortliches Ministerium bestimme.

Die Anleihegeschäfte. Mit Bezug auf die im Auslande verbreitete Gerüchte über eine beabsichtigte neue russische Anleihe ist die Petersburger Telegraphen-Agentur zu der Erklärung ermächtigt, daß keinerlei innere Anleihe beabsichtigt wird und das Finanzministerium Verhandlungen mit Bankiers weder geführt hat noch führt.

Die 750-Millionen-Anleihe? Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Das Blatt „Dobrotzye“ veröffentlicht in seiner Freitag-Summer eine Mitteilung, wonach der Petersburger Botschafter am Donnerstag die Nachricht zugegangen sei, daß in den letzten Tagen in St. Cloud bei Paris in der Villa Rothschild eine Konferenz stattgefunden habe, in der die Frage einer neuen russischen Anleihe von 750 Millionen herbeigeführt werden sei. In der Sitzung hätten sich die russischen Botschafter unter anderem am Abend vorher über die russische Anleihe des Baron Rothschild einen Beschluß gemacht. Die Grundzüge der Konferenz seien unbekannt. Wir sind in der Lage, zu

